

**„Sie fühlen sich angenommen“- Kirchen unterstützen Flüchtlinge
Unterbringungsmöglichkeiten gesucht
Von Katrin Nordwald**

Bielefeld/Leverkusen (epd). Die Angst um ihre Familie nimmt Diana Nano heute immer noch den Atem. „In ihrem Dorf Tell Jumaa in Nordsyrien hörten sie täglich Bombardierungen der Regierungseinheiten auf Nachbardörfer, die dort Rebellen vermuteten“, erzählt sie. Zugleich rückte die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS) aus dem Irak nach Syrien vor. „Für Christen wie meine Familie ist es dort sehr gefährlich, wir mussten sie nach Deutschland holen“, sagt die 33-Jährige, die seit elf Jahren mit ihrem Ehemann Walid im westfälischen Bielefeld lebt. Da sie bereits ihre Eltern aufgenommen hatten, fehlte es an Platz. In ihrer Verzweiflung bat Diana die evangelische Apostelgemeinde, in deren Kindergarten ihr Sohn geht, um Hilfe. Im Juni kamen Walids Mutter Khwanza, die Brüder Sieman und George, zu dem die Ehefrau Samah und die Kinder Chanel, Luis und Christiana gehören, in Bielefeld an. Der Pfarrer der Apostelgemeinde, Hans-Jürgen Gert-Tacke, und seine Frau Doris haben im Rahmen einer Familienzusammenführung eine „Verpflichtungserklärung“ unterschrieben. Der Staat bezahle die Krankenversicherung, für alles andere komme die Kirchengemeinde auf, erklärt Pfarrer Gert-Tacke. Eine Wohnung in Bielefeld-Bethel wurde mit Hilfe von Kollekten und Sachspenden eingerichtet, ein Spendenkonto eröffnet. „Für den Lebensunterhalt der Familie werden pro Monat etwa 1.000 Euro benötigt“, sagt Gert-Tacke.

Die Bereitschaft sei in den Kirchengemeinden groß, den nach Deutschland strömenden Flüchtlingen aktiv zu helfen, beobachtet Pfarrer Helge Hohmann, Beauftragter für Zuwanderungsarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen. Von den 20.000 syrischen Flüchtlingen, die Deutschland als Kontingent aufnehmen will, seien erst 6.000 angekommen. Auch für Asylsuchende aus anderen Krisenländern setzten sich die Gemeinden ein. So steige die Zahl der Kirchenasyle für von Abschiebung bedrohte Menschen und liege in Westfalen derzeit bei zehn. In der rheinischen Nachbar-Landeskirche sind es um 15 Kirchenasyle. Insgesamt sei eine „Willkommens-Kultur“ spürbar, stellt der Düsseldorfer Kirchenrat Rafael Nikodemus fest. In der zweitgrößten Landeskirche, die von Nordrhein-Westfalen bis zum Saarland reicht, geschieht das auf verschiedene Weise: Eine Hürther Frauengruppe begrüßt etwa neu angekommene Flüchtlinge mit Pralinenkörben, es gibt Willkommensfeste entlang des Niederrheins, in Büchenbeuren im Hunsrück betreibt die evangelische Kirche ein Asylcafé, und der Kirchenkreis Köln hat ein Haus der Diakonie der Stadt überlassen, das zur Flüchtlingsunterkunft umgestaltet wird. Die rheinische Kirche habe 500.000 Euro für die Flüchtlingsarbeit zur Verfügung gestellt, sagt Projektbetreuer Nikodemus. „Flüchtlingsarbeit darf sich nicht darauf reduzieren, die Menschen auf der grünen Wiese unterzubringen, sondern muss human gestaltet und integrierend sein“, fordert dessen westfälischer Kollege, Pfarrer Hohmann. Die private Unterbringung sollte seiner Ansicht nach Vorrang vor Sammelunterkünften mit vielen Nationen auf engem Raum haben. Städte wie Dortmund entwickelten derzeit entsprechende Konzepte. Zur Entlastung von Kommunen plant die Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe eine Kampagne, die in den Gemeinden um Unterstützung und Wohnraum wirbt. Die Stadt Leverkusen setzt als erste Kommune in Deutschland seit über zehn Jahren auf die Vermittlung von Flüchtlingsfamilien in Privatwohnungen. „Das klappt ganz

hervorragend, weil die Menschen von Anfang in die deutsche Nachbarschaft, Schule und Kita eingebunden sind und automatisch das Interesse am Deutsch-Lernen steigt“, erzählt Lioba Engels-Barry von der örtlichen Caritas, bei der die Beratungsstelle angesiedelt ist. Vorurteile vonseiten der Vermieter gebe es seltener als gedacht. Gleichzeitig würden Ghettoisierung und damit mögliche rechte Hetze vermieden. „Sie fühlen sich angenommen!“

Von den zurzeit etwa rund 1.500 Flüchtlingen in Leverkusen leben nur knapp 400 verteilt auf drei Sammelunterkünften, mehr als zwei Drittel dagegen in privaten Mietshäusern. „Vor allem Familien mit Kindern, die zum Teil Dramatisches erlebt haben, kommen in den eigenen vier Wänden zur Ruhe, und die Stadt spart sogar Geld“, sagt Engels-Barry. So koste die Unterbringung in einem Übergangsheim pro Person mit allen Nebenkosten 223 Euro, in einer Privatwohnung nur 148 Euro. Die Ersparnis für die Stadt mache hier jährlich 16.000 Euro aus. Allerdings sei der private Wohnungsmarkt sehr eng geworden.

„Momentan ist es ein hartes Geschäft“, klagt die Fachleiterin der Caritas. Die Bielefelder Apostelgemeinde fand über die v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel mit Sitz in Bielefeld eine 140 Quadratmeter große Wohnung für die siebenköpfige Familie Nano. Erste Kontakte zu den Nachbarn sind angebahnt. Die Erwachsenen lernen Deutsch, die Kinder besuchen nach den Sommerferien Grundschule und Kita und können mit gesponserten Freikarten die städtischen Schwimmbäder besuchen. Die Aufenthaltserlaubnis der Familie gilt für zwei Jahre. Pfarrer Gert-Tacke geht davon aus, dass die Familie länger bleibt: „Wir schaffen das!“

Während der Balkankriege in den 1990er Jahren hatte er muslimischen und katholischen Flüchtlingen aus Ex-Jugoslawien geholfen, in Deutschland Fuß zu fassen. „Sie sind integriert, es tut der Gesellschaft gut, wenn sie gemischt ist.“ Ihre Familie fühle sich wohl, erzählt Diana Nano. Nur die 71-jährige Oma Khwanza denkt etwas schwermütig an die Kuh, die sie in der Heimat zurücklassen musste: „Sie war mein ganzer Besitz, zur Rettung meiner Kinder habe ich sie geopfert.“